

wir, die neuen Wege, die zu dein Freunden im Osten, zu der Sowjetunion, zu Polen und den anderen Volkdemokratien, eröffnet sind, hin und her zu begehen und zu steigendem freundschaftlichem Verständnis zu bewerten.

Wir hoffen, die glückliche und feierliche Stimmung dieser Sitzung nicht dadurch zu trüben, daß wir den Herrn Ministerpräsidenten an die Tatsache erinnern, daß die deutsche Wissenschaft gerade an dem Ort, an dem sie mit besonderer Energie gefördert werden muß, nämlich in der Hauptstadt Berlin, in einem schweren Kampf steht. Die wichtigste Waffe zu ihrer Verteidigung ist der Schutz und die Entwicklung ihrer Arbeitsstätten. Denn die Forschungsinstitute sind das beste Mittel, uns die hier in Berlin tätigen Gelehrten trotz aller wirtschaftlichen und ideellen Verlockungen zu erhalten und die hier in diesen Räumen betriebene Forschung und den Unterricht der Studenten zur Blüte zu bringen. Wir können nicht eindringlich genug darum bitten, inmitten der Raumnot und der drängenden Wiederaufbauorgen trotzdem gleichzeitig, ehe es zu spät ist, für die Bereitstellung guter, den Bedürfnissen der Wissenschaft entsprechender Unterkünfte zu sorgen. Insbesondere sollten alle früher schon zum Bestand der wissenschaftlichen Arbeitsstätten gehörenden Gebäude möglichst bald ihrer früheren Verwendung zurückgegeben werden, und es sollte verhindert werden, daß neue Gebäude dieser ihrer Bestimmung entfremdet werden, denn der Bedarf danach ist, wie ich hilfesuchend wiederholen darf, im Interesse der Wissenschaft außerordentlich dringend. Die Mittel für die Gewinnung und Sicherung bedeutender Wissenschaftler und Künstler werden gerade unter den bestehenden Währungsverhältnissen neue finanzielle Anstrengungen erfordern, die uns von der verständnisvollen Haltung des neuen Ministeriums und seines Leiters gewährt werden mögen.

Herr Präsident, meine Herren Minister! Die Kulturschaffenden fühlen und wissen, daß ihre Arbeit die stärksten Impulse aus der Verbundenheit mit dem Volk gewinnt, daß es ihre Aufgabe ist, das Dicht der Aufklärung und die Freude an der Schönheit in das Arbeitsleben des Volkes zu tragen. Alles, was in diesem Sinne der gesellschaftlichen Verpflichtung unserer Arbeit entspricht, stellen wir grundsätzlich für diese Tätigkeit, die im Sinne des neuen Staates ausgeführt werden muß, zur Verfügung.

Im Namen der Arbeitsgemeinschaft des Kulturbundes und der Einzelpersönlichkeiten kann ich zum Schluß, wozu ich beauftragt bin, dem Herrn Ministerpräsidenten und seinem Regierungsprogramm unser volles Vertrauen aussprechen. Die Kulturschaffenden werden als Wissenschaftler, als Pädagogen, als Schriftsteller, als Künstler die nationale Aufbauarbeit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit allen Kräften unterstützen.

(Debhafter, langanhaltender Beifall)

Verzeihen Sie, wenn ich doch noch eine kleine Bemerkung hinzufüge, die über das Gegenwärtige hinausgeht. Ich wollte daran erinnern, daß die Geschichte oft das Urteil ausgesprochen hat, daß die Blüte der Wissenschaften und der Künste der Gradmesser ist, an dem der Wert einer staatlichen Gemeinschaft und ihrer Verfassung ermittelt werden kann. Wenn wir auch unter dem Druck der Notlage des deutschen Volkes alles, was wir als Kulturschaffende beitragen und leisten können, zunächst in den Dienst der unmittelbaren Gegenwart stellen, so kann doch aus dem soeben Gesagten in uns die Hoffnung aufgeden, daß es uns gelingen wird, über die Aufgaben des Tages weit hinausdauernde Werte für die neue Deutsche Demokratische Republik und ihre geschichtliche Geltung in der Zukunft schaffen zu können.

(Debhafter Beifall)

Präsident Dieckmann:

Als Letzter in der Aussprache hat Herr Abgeordneter Ottomar Geschke für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes das Wort.

Abg. Geschke (VVN):

Meine Damen und Herren! Im Namen der Arbeitsgemeinschaft der VN habe ich zur Regierungserklärung folgende Ausführungen zu machen:

Als im Mai 1945 die Tore der Konzentrationslager, Zuchthäuser und Gefängnisse durch die siegreichen Armeen der Alliierten geöffnet wurden, wurden Männer und Frauen befreit, die wegen ihres Kampfes gegen den Faschismus, gegen den Krieg, für die demokratische Entwicklung Deutschlands, für den Frieden von den faschistischen Machthabern gefangengehalten wurden.

Millionen Männer und Frauen haben nach unsäglichen Qualen ihr Leben gelassen und haben uns, den Überlebenden, haben dem gesamten deutschen Volk damit die Verpflichtung auferlegt, ihren Kampf in ihrem Geiste unter Einsatz aller unserer Kräfte weiterzuführen.

Wir danken dem Herrn Ministerpräsidenten, wir danken der Volkskammer für die Ehrung, die unseren Toten, unser aller Toten, zuteil wurde. Die Regierung erfüllt damit ihre Pflicht gegenüber unseren Toten.

Die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik, die Annahme der Verfassung, die Wahl des Präsidenten der Republik bedeuten für uns, die überlebenden Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, bedeuten für das deutsche Volk gegenüber den Toten und im Angesicht der jungen heranwachsenden Generation und ihres Lebens einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zu jenem Ziele, für das unsere Mitkämpfer ihr Leben ließen. Der Weg, den der Herr Ministerpräsident durch seine Regierungserklärung vorgezeichnet hat, den wir, dessen bin ich gewiß, gemeinsam mitbeschreiten werden, wird uns weiterhin dem Ziele näher bringen.

Als die Männer und Frauen aus allen Schichten des deutschen Volkes, die Gefangenen, die Verfolgten in den Jahren der Terrorherrschaft der Nationalsozialistischen Partei ihren Kampf um die Freiheit, um die Demokratie in Deutschland führten, haben sie die Völkerverständigung praktisch geübt, gemeinsam für den Frieden gekämpft, zu der gleichen Zeit, als Nazideutschland zum Kriege hetzte, den Krieg führte.

So wurden sie nach wiedergewonnener Freiheit, nach der bedingungslosen Kapitulation des Nazideutschlands die ersten Deutschen, die die Kameradschaft, die in tausend Gefahren erprobte, in internationaler Solidarität fortsetzten. Sie verkörperten das andere Deutschland. Dieses andere Deutschland manifestiert sich nun hier in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands. Seine Sprecher gegenüber den Menschen der Welt sind sein Präsident, sein Ministerpräsident in diesem Saal. In allen Städten und Dörfern unseres deutschen Vaterlandes sind ebenfalls Männer und Frauen aller Schichten des deutschen Volkes, der Arbeiter und Wissenschaftler, die den Krieg hassen und den Frieden und damit ein menschenwürdiges Leben wollen. Und Deutschland, unser deutsches Volk will und wird leben als die einheitliche deutsche Republik.

Diese Regierung, deren Erklärung wir entgegennehmen, ist eine antifaschistische, eine auf dem Boden der Potsdamer Beschlüsse stehende Regierung. Die Widerstandskämpfer im Westen und Süden Deutschlands stehen heute schon wieder im Kampf gegen den Faschismus, der in neuen Formen, aber getragen von den alten Kräften mit Hilfe fremder Mächte bereits wieder entscheidende Positionen in Staat und Wirtschaft eingenommen hat.